

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung und Gang der Untersuchung	1
A. Einleitung	1
B. Gang der Untersuchung, thematische Ein- und Ausgrenzungen und Erkenntnisinteresse	3
1. Teil: Tatsächliche Hintergründe und Eröffnung des Konkurrenzverhältnisses	7
A. Phänomenologie der Bewertungsportale: Entwicklung, Relevanz und Geschäftsmodelle	7
B. Konkurrenz von Äußerungsrecht und Datenschutzrecht	30
2. Teil: Vergleich zwischen den spezifischen Ausprägungen des Äußerungs- und Datenschutzrechts in Bezug auf Bewertungsportale	49
A. Grundrechtsschutz der Beteiligten und Pfadabhängigkeiten des Persönlichkeitsschutzes im Rahmen der Abwägung	49
B. Verantwortlichkeitskonzepte im Äußerungs- und Datenschutzrecht . .	160
C. Haftungsprivilegierungen der E-Commerce-Richtlinie und des TMG	179
D. Anonymität als Hindernis bei der Anspruchsdurchsetzung?	221

3. Teil: Weichenstellung zwischen Datenschutz- und Äußerungsrecht: Das Medienprivileg	255
A. Ausgangspunkt: Art. 85 DSGVO	256
B. Art. 85 Abs. 2 DSGVO: Bewertungsabgabe und Betrieb des Bewertungsportals als Journalismus?	262
C. Exkurs: Möglichkeit einer Befreiung über Art. 85 Abs. 1 DSGVO . . .	329
 Zusammenfassung in Thesen	 347
 Literaturverzeichnis	 355
Sachregister	375

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abbildungsverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung und Gang der Untersuchung	1
A. Einleitung	1
B. Gang der Untersuchung, thematische Ein- und Ausgrenzungen und Erkenntnisinteresse	3
1. Teil: Tatsächliche Hintergründe und Eröffnung des Konkurrenzverhältnisses	7
A. Phänomenologie der Bewertungsportale: Entwicklung, Relevanz und Geschäftsmodelle	7
I. Was ist ein Bewertungsportal?	7
II. Anfänge und Entwicklung	8
1. Beginn: Portale mit breitem Spektrum	8
2. Zunehmende Ausdifferenzierung	8
3. Implementierung in soziale Netzwerke und Plattformen	9
III. Überblick über die bestehenden Portale	10
IV. Relevanz der Portale: Wie beeinflussen sie Konsumentenentscheidungen?	11
1. Soziologische Grundlagen: Vertrauen und seine Rolle im digitalen Kontext	12
2. Einfluss von Bewertungen auf die Konsumentenentscheidung	15
a) Orientierungshilfe	15
aa) <i>Online-word-of-mouth</i> im Vergleich mit analogen Informationsquellen	15
bb) Intransparenz des Dienstleistungssektors	17
cc) Vertrauen in Nutzerbewertungen	18

b) (Gefühlte) Objektivität und <i>Trust-In-Numbers</i>	21
c) Empirie	22
3. Praktische Relevanz für die Bewerteten	24
a) Nahezu vollständige Abdeckung der Gewerbetreibenden auf Bewertungsportalen	24
b) Werbeeffect, Erleichterung der Auffindbarkeit und Feedbackmöglichkeiten	25
c) Manipulationsgefahren und zusätzlicher Imagepflegeaufwand	26
V. Geschäftsmodelle	27
1. Neutrales Geschäftsmodell	27
2. Eigene Verkaufs- oder Vermittlungstätigkeit	28
3. Werbemöglichkeiten für den Bewerteten	29
4. Staatlich finanzierte Bewertungsportale	29
5. Zwischenfazit	30
B. Konkurrenz von Äußerungsrecht und Datenschutzrecht	30
I. Eröffnung des Anwendungsbereichs des Datenschutzrechts	31
1. Personenbezogene Daten	31
a) Betroffene Person	31
b) Information und Personenbezug	32
c) Identifiziert oder identifizierbar	32
2. Verarbeitung	32
a) Einrichtung des Profils	33
b) Abgabe der Bewertung	34
aa) Erhebung von Daten durch den Bewertenden?	34
bb) Erheben von Daten durch den Portalbetreiber	34
c) Einpflegen der Bewertung im Portal	36
d) Zusammenfassung	37
II. Anwendbarkeit der Haushaltsausnahme?	38
1. Keine Anwendung auf das Bewertungsportal	39
2. Anwendung auf die Tätigkeit des Bewertenden?	39
III. Keine Bereichsausnahme durch das Medienprivileg	42
1. Funktion und Ausgestaltung des Medienprivilegs	43
2. <i>Lex lata</i> zum Medienprivileg	44
a) Unionsrechtliche Vorgaben	44
b) Medienprivilegien im deutschen Recht	44
3. Anwendbarkeit des Medienprivilegs auf Bewertungsportale?	45
a) Anwendbarkeit des MStV	45
b) Telemedium	45
c) Journalistischer Zweck der Verarbeitung	45
d) Zwischenergebnis	46

IV. Anwendbarkeit von Art. 2 Abs. 4 DSGVO?	46
V. Zwischenergebnis	47

2. Teil: Vergleich zwischen den spezifischen Ausprägungen des Äußerungs- und Datenschutzrechts in Bezug auf Bewertungsportale	49
---	----

A. Grundrechtsschutz der Beteiligten und Pfadabhängigkeiten des Persönlichkeitsschutzes im Rahmen der Abwägung	49
I. Maßgebliche Grundrechtsebenen im Äußerungs- und Datenschutzrecht	49
II. Äußerungsrecht: Grundrechtsschutz nach dem GG	53
1. Rechte des Bewerteten	54
a) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	55
aa) Grundlagen: Offener Tatbestand und Charakteristik als Rahmenrecht	56
bb) Schutz der Selbstdarstellung und sozialer Geltungsanspruch	57
cc) Recht der persönlichen Ehre	59
dd) Recht auf informationelle Selbstbestimmung	60
(1) Grundlagen	60
(2) Informationelle Selbstbestimmung im nichtstaatlichen Sektor	63
(3) Kritik und Neukonzeption des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	63
(a) Kritik am Recht auf informationelle Selbstbestimmung insb. im Hinblick auf die Kommunikationsfreiheiten	63
(b) <i>Recht auf Vergessen I</i> -Beschluss und die grundrechtliche Neukonzeption der informationellen Selbstbestimmung	65
(4) Einordnung von Bewertungen und der Tätigkeit von Bewertungsportalen	67
(a) 1. und 3. Phase: Einrichtung des Profils und Strukturierung der Bewertungen	68
(b) 2. Phase: Bewertungsabgabe	70
(5) Zwischenergebnis	71
ee) Recht am eigenen Wort	71
b) Berufsfreiheit	72
c) Exkurs: Unternehmenspersönlichkeitsrecht	73

d) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb . .	74
2. Rechte des Bewertenden	74
3. Rechte des Portalbetreibers	75
a) Kommunikationsgrundrechte	75
aa) Ermöglichung und Verbreitung von Bewertungen . . .	75
(1) Rechtsprechung	76
(2) Literatur	77
(3) Stellungnahme: Schutz durch Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	78
bb) Eigene Auswahl- und Sortierungsleistungen des Portals	81
cc) Zwischenergebnis	83
b) Berufsfreiheit	84
4. Interessen der Allgemeinheit	84
5. Zwischenergebnis	85
III. Äußerungsrechtliche Abwägungskriterien	85
1. Ermittlung des Aussagegehalts	86
a) Ausgangspunkt: Abgrenzung zwischen Meinung und Tatsachenbehauptung	86
b) Einordnung von Nutzerbewertungen	87
aa) Wertende und tatsächliche Elemente der Bewertung als einheitliche Meinungsäußerung	88
bb) Auswirkungen der Richtigkeit der Belegatsachen in der Abwägung	90
c) Sonderproblem bloße Sternebewertungen: Implizite Tatsachengrundlage bei Sternebewertung?	91
d) Zwischenergebnis	93
2. Sphärenabhängiger Persönlichkeitsschutz	93
a) Sphärentheorie	94
b) Kritik an der Anwendung der Sphärentheorie auf Onlinebewertungen	95
c) Einordnung von Bewertungsportalen	96
aa) Öffentlichkeitsabgewandte „Persönlichkeitsbewertungen“	96
bb) Bewertungen außerhalb eines beruflichen Kontexts . . .	97
cc) Bewertung öffentlichkeitszugewandter beruflicher Tätigkeiten: Freiberufler und Selbstständige	98
dd) Bewertung von Staatsdienern und Angestellten	100
d) Zwischenergebnis	101
3. Abwägungsregeln für Meinungsäußerungen	101
a) Zurücktreten der Meinungsfreiheit bei Schmähkritik und Formalbeleidigung	101
b) Vermutung für die freie Rede	102

c) Wahrheitsgehalt von Tatsachenbehauptungen und Beweislast	103
d) Anonymität der Bewertung	105
e) Keine Anwendung der Warentestkriterien	109
f) Berücksichtigung der Interessen des Portals und der Nutzer	110
4. Zwischenergebnis	111
IV. Datenschutzrecht: Grundrechtsschutz nach der GRCh	111
1. Erkenntnisquellen	111
2. Rechte des Bewerteten: Art. 7 und 8 GRCh	113
a) Rechtsquellen	113
b) Unbeachtlichkeit des Art. 16 AEUV	113
c) Datenschutz in der GRCh: Das komplizierte Verhältnis zwischen Art. 7 und 8 GRCh	114
aa) Art. 7 GRCh und Art. 8 EMRK: Privatheit als Fundament des Datenschutzrechts?	115
bb) Art. 8 GRCh: Informationelle Selbstbestimmung oder Ausgestaltungsauftrag?	118
(1) Zum Verbotscharakter des Art. 8 Abs. 1 GRCh: Europäisches Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung?	119
(2) Objektiv-rechtliche Dimension des Art. 8 GRCh . .	120
cc) Zusammenschau von Art. 7 und 8 GRCh durch den EuGH	121
dd) Diskussion und Ergebnis	123
d) Rechte des Bewertenden	125
e) Rechte des Portalbetreibers	128
f) Interessen der Allgemeinheit	130
V. Datenschutzrechtliche Abwägungskriterien	131
1. Abwägungsabhängigkeit der Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung	132
2. Prüfungsstruktur des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO	133
a) Berechtigtes Interesse des Verantwortlichen oder eines Dritten	133
b) Erforderlichkeit zur Wahrung des berechtigten Interesses . .	135
c) Kein Überwiegen der Interessen, Grundrechte oder Grundfreiheiten der betroffenen Person; Interessenabwägung	136
aa) Ausgangspunkt: Vernünftige Erwartungen des Betroffenen (Erwägungsgrund Nr. 47 DSGVO) . . .	136
bb) Interessenabwägung	138
(1) Bereits veröffentlichte Daten	138
(2) Betroffener Lebensbereich	139

(3) Geschäftsmodell des Portals	141
(4) Informationsinteresse der Öffentlichkeit	142
(5) Breitenwirkung des Internets; Übertragbarkeit der <i>Google Spain</i> -Formel?	142
(a) Fortgeltung der Abwägungsregel des EuGH in <i>Google Spain</i>	143
(b) Keine Anwendbarkeit der Regelvermutung auf Bewertungsportale	146
(6) Besondere Berücksichtigung der „mitgelöschten“ Nutzerbeiträge?	147
(7) Zwischenergebnis	148
VI. Unterschiede zwischen den Schutzregimes	149
1. Grundrechtliche Ebene	149
a) Konzeptioneller Unterschied: Vorfeldschutz des Datenschutzrechts und äußerungsrechtlicher Rechtsschutz <i>ex post</i>	149
b) Ungesichertes grundrechtliches Fundament des Datenschutzes im Unionsrecht	152
c) Grundrechtliche Trennung von Datenschutz und Äußerungsrecht im GG, nicht aber in GRCh	153
2. Abwägungsregeln	155
a) Geringerer Inhaltsbezug des Datenschutzrechts wegen fehlender Anknüpfung an Kommunikationsfreiheiten	156
b) Entgegengesetzte Vermutungsregeln?	157
c) Mangelnde datenschutzrechtliche Spruchpraxis im Vergleich zum Äußerungsrecht	158
VII. Einfluss der Grundrechtsebene auf Bewertungsportale	159
B. Verantwortlichkeitskonzepte im Äußerungs- und Datenschutzrecht	160
I. Äußerungsrechtliche Verantwortlichkeit für die Inhalte auf Bewertungsportalen	161
1. Abstufungen der Haftungsarten in der Rechtsprechung	162
2. Haftung des Bewertenden als unmittelbarer Störer	162
3. Haftung des Bewertungsportals als mittelbarer Störer: „Störerhaftung“	163
a) Qualifizierte Beschwerde des Bewerteten	164
b) Stellungnahme des Bewertenden	165
c) Weiterleitung der Stellungnahme an den Bewerteten	166
4. Zwischenergebnis	166
II. Das Konzept der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit	167
1. Verantwortlichkeit des Bewertenden?	167

a) Eingrenzung der Verarbeitungsschritte, an denen der Bewertende beteiligt ist	168
b) Keine alleinige Verantwortlichkeit des Bewertenden	169
c) Gemeinsame Verantwortlichkeit von Bewertendem und Bewertungsportal?	170
aa) Gemeinsame Entscheidung über den Zweck der Verarbeitung?	171
bb) Gemeinsame Entscheidung über Mittel der Verarbeitung? (1) Verantwortlichkeit aufgrund der Hoheit über die technische Infrastruktur: Portal als „Herr der Daten“	174
(2) Gegenüberstellung der EuGH-Rechtsprechung zur gemeinsamen Verantwortlichkeit	175
(3) Einordnung der Tätigkeit des Bewertenden	176
2. Zwischenergebnis: Alleinige datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit des Bewertungsportals	177
III. Unterschiede der Verantwortlichkeitskonzepte und ihr Einfluss auf die Verantwortungszuweisung an die Beteiligten	178
C. Haftungsprivilegierungen der E-Commerce-Richtlinie und des TMG	179
I. Äußerungsrechtliche Verantwortlichkeit des Bewertungsportals .	181
1. Haftung für Bewertungen: Haftungsprivilegierungen für nutzergenerierte Inhalte	181
a) Begriffliche Differenzen und maßstäbliche Konvergenzen im deutschen und unionalen Haftungsrecht	182
b) Analyse der BGH-Rechtsprechung: Rezeption der unionsrechtlichen Rahmenbedingungen	185
aa) BGH, Urt. v. 19.3.2015 – I ZR 94/13 (<i>Hotelbewertungsportal</i>)	186
bb) BGH, Urt. v. 4.4.2017 – VI ZR 123/16 (<i>klinikbewertungen.de</i>)	188
cc) BGH, Urt. v. 20.2.2018 – VI ZR 30/17 (<i>Ärztbewertungsportal III</i>)	189
dd) Zwischenergebnis	190
c) Literatur	192
aa) Vorprägung der Bewertungen durch Kategorisierung? (1) Meinungsspektrum in der Literatur	193
(2) Stellungnahme	194
bb) Filtermechanismen als passiv-technische Vermittlertätigkeit?	196
d) Fazit	198
2. Durchschnittswerte und Empfehlungen	199

II. Anwendbarkeit und Reichweite des Hostproviderprivilegs im Datenschutzrecht	201
1. Hintergrund der Problematik: Konkurrenz der Anwendungsbereiche von DSGVO und ECRL	201
2. ECRL als <i>lex specialis</i> ?	202
3. Anwendung der Haftungsprivilegierungen auf die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit?	204
a) EuGH-Rechtsprechung: „Verdeckte“ Anwendung der ECRL?	204
b) BGH-Rechtsprechung: Datenschutzrechtliche Störerhaftung	206
c) Literatur: Nebeneinander der verschiedenen Verantwortlichkeitskonzepte	206
4. Stellungnahme und Lösungsansatz	207
a) Keine Verdrängung der ECRL durch die DSGVO	207
b) Keine Modifikation der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit durch die ECRL; Differenzierung zwischen datenschutzrechtlicher Verantwortlichkeit und allgemeiner Haftung	208
5. Auswirkungen der ECRL im Datenschutzrecht	209
a) Proaktive Pflichten: Keine Haftung	210
b) Aktiv geltend zu machende Betroffenenrechte als Haftung?	210
c) Einschränkung der Auslegung des Begriffs Haftung innerhalb der DSGVO: Binnendifferenzierung zwischen Verantwortung und Haftung	211
6. Ergebnis	213
III. Auswirkungen der Pfadabhängigkeit	214
1. Einfluss der Privilegierungstatbestände auf äußerungsrechtliche und datenschutzrechtliche Anspruchsgrundlagen	214
a) Äußerungsrecht: <i>Notice-and-takedown</i> -Verfahren im Rahmen des Unterlassungsanspruchs	215
b) Datenschutzrecht: Fehlen von Erkenntnismöglichkeiten des Portals im Lösungsverfahren	215
c) Zwischenergebnis	216
2. Vergleichbarer Schutz über Art. 17 Abs. 3 lit. a DSGVO?	217
a) Keine eigenständige Bedeutung des Art. 17 Abs. 3 lit. a DSGVO im Verhältnis zu Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO	217
b) Keine Abhilfe bezüglich des Informationsdefizits des Portals	219
3. Zwischenergebnis	219
IV. Ausblick zur DSM-Strategie der EU: Übertragbarkeit der Ergebnisse zur ECRL	220
D. Anonymität als Hindernis bei der Anspruchsdurchsetzung?	221

I. Anonymität auf Bewertungsportalen	221
II. Eingeschränkter zivilrechtlicher Auskunftsanspruch gegen das Bewertungsportal	223
1. Bisherige Rechtslage: Zweistufiges Verfahren	223
2. Einheitliche Lösung in § 21 TTDSG	224
3. Fazit	227
III. Datenschutzrechtliche Identifikationsmöglichkeiten: Das Ende der Anonymität?	228
1. Informationspflicht gem. Art. 14 DSGVO	229
a) Anwendbarkeit des Art. 14 DSGVO	229
b) Umfang der Informationspflicht	230
c) Keine Ausnahmen	232
aa) Unionsrechtliche Ausnahmen: Art. 14 Abs. 5 DSGVO	233
bb) Sektorspezifischer Datenschutz des TTDSG	238
(1) Verhältnis von BDSG und TTDSG	238
(2) Systematik des speziellen Telemedienschutzes	238
(3) Keine Auskunftsbeschränkende Dimension des § 21 Abs. 2 S. 1 TTDSG	239
(4) Exkurs: Potenzielle Vereinbarkeit einer auskunftsbeschränkenden Wirkung des § 21 Abs. 2 TTDSG mit Art. 23 DSGVO?	239
(5) Zwischenergebnis	246
cc) Ausnahmen im BDSG	247
dd) Ergebnis	250
d) Materielle Rechtmäßigkeit der Herausgabe der Nutzerdaten	250
e) Exkurs: Informationspflichten bei der Verantwortlichkeit des Nutzers	251
2. Auskunftsanspruch	252
IV. Vergleich und Fazit	253
 3. Teil: Weichenstellung zwischen Datenschutz- und Äußerungsrecht: Das Medienprivileg	255
A. Ausgangspunkt: Art. 85 DSGVO	256
I. Sinn und Zweck des Medienprivilegs	256
II. Systematik des Art. 85 DSGVO	258
III. Bereichsausnahme oder Einzelfallentscheidung?	259
1. Alter und neuer deutscher Lösungsansatz: Normative Bereichsausnahme	259

2. Alternativer Ansatz in der Literatur: Medienprivileg als Abwägungsklausel	259
3. Stellungnahme und vermittelnde Lösung: Abwägungsklausel als Ergänzung zur Bereichsausnahme	260
B. Art. 85 Abs. 2 DSGVO: Bewertungsabgabe und Betrieb des Bewertungsportals als Journalismus?	262
I. Das Medienprivileg <i>de lege lata</i> : § 23 MStV	263
1. Beschränkung auf Unternehmen und Hilfsunternehmen der Presse	264
2. Exkurs: Bewertende als Presseunternehmen?	268
3. Journalistische Zwecke	270
4. Fazit	276
II. Unions- und konventionsrechtliche Perspektive: Bedarf einer unionsrechtsautonomen Auslegung des Journalismusbegriffs beim Medienprivileg	277
1. EuGH-Rechtsprechung in <i>Satamedia</i> und <i>Buivids</i> : Unionsrechtliche Determination des Journalismusbegriffs	277
2. EGMR-Rechtsprechung und Wechselwirkungen mit der Interpretation des Unionsrechts	279
3. Vergleich mit § 23 MStV und dem Verständnis in Literatur und Rechtsprechung: Nebeneinander von unionsrechtsautonomen Journalismusbegriff und sonstigem Pressesonderrecht	280
4. Fazit und Einordnung von Bewertungsportalen nach dem datenschutzrechtlichen Journalismusbegriff	282
III. Erforderlichkeit als limitierendes Element	284
1. Der enge Notwendigkeitsvorbehalt und die inneren Widersprüche in der EuGH-Rechtsprechung	285
2. Arbeitsweisebezogene Abgrenzungsmethode: Übernahme der EGMR-Kriterien als Einfallstor für publizistisch-sorgfaltspflichtbezogene Differenzierung?	286
3. Strukturelle und funktionale Geeignetheit von Datenschutz- und Äußerungsrecht als Maßstab für die Anwendbarkeit des Medienprivilegs? Die strukturmerkmalsbezogene Abgrenzungsmethode als Alternative	287
a) Strukturmerkmale von Datenschutz- und Äußerungsrecht und ihre Relevanz für die Abgrenzung	288
b) Einrichtung des Profils	291
c) Bewertungsabgabe und -verbreitung	293
d) Eigene Wertungen und Beiträge des Bewertungsportals	295
e) Zusammenfassung	297

4. Diskussion und Fazit	298
a) Kein Gleichlauf zwischen Erforderlichkeit und äußerungsrechtlicher Zulässigkeit nach den EGMR-Kriterien	299
b) EGMR-Kriterien zur Arbeitsweise als vorweggenommene Abwägung der Erforderlichkeit	300
c) Konkurrenzverhältnis zwischen arbeitsweise- und strukturmerkmalsbezogener Abgrenzung: nebeneinander, nicht gegeneinander	301
aa) Bloße Indizwirkung der EGMR-Kriterien	302
bb) Disziplinierungs- und Kontrollfunktion des engen Erforderlichkeitsvorbehalts	304
cc) Funktionsbezogene Potenziale der EuGH-Rechtsprechung bei der Bestimmung der Erforderlichkeit	305
dd) Verhältnis zu den Medienprivilegien für Presse- und Rundfunk: Eigenständiger Auffangtatbestand und Fortbestand der Regelungen für die klassischen Leitmedien	307
d) Zusammenfassung	309
5. Herausforderungen bei der normativen Verankerung der strukturmerkmalsbezogenen Abgrenzung	310
a) Äußerungsrecht als Umsetzung des Art. 85 DSGVO?	310
b) Möglichkeiten des gesetzgeberischen Zugriffs auf die zu privilegierenden Verarbeitungen: „Kleine Lösung“ statt Bereichsausnahme	310
aa) „Große Lösung“ in Form einer Bereichsausnahme . . .	311
bb) „Kleine Lösung“: doppelte Rechtfertigungsbedürftigkeit der einzelnen Ausnahmen	311
cc) Stellungnahme	311
c) Formulierung und notwendige Reichweite der Freistellungsklausel	313
aa) Welche Teilbereiche des Datenschutzrechts muss ein strukturmerkmalsbezogenes Medienprivileg aufgreifen?	313
bb) Der Reformvorschlag des <i>DAV</i>	314
cc) Kritik am Vorschlag des <i>DAV</i>	315
(1) Unnötig komplizierte Bestimmung des Anwendungsbereichs in Abs. 1 und 2	315
(2) Datenschutzinterne Rechtmäßigkeitsabwägung nach äußerungsrechtlichen Maßstäben	317
(3) Doppelter Abwägungsvorbehalt bei den Betroffenenrechten	319

(4) Keine Bezugnahme auf die gestufte Verantwortlichkeitskonzeption	320
(5) Fazit	320
dd) Eigener Reformvorschlag	321
(1) Erster Schritt: Anpassung der bestehenden Vorschriften	321
(2) Zweiter Schritt: Standort des Auffangprivilegs – Medienrecht der Länder statt Wirtschaftsrecht des Bundes	323
(3) Dritter Schritt: Formulierung des Auffangprivilegs	327
IV. Fazit	329
C. Exkurs: Möglichkeit einer Befreiung über Art. 85 Abs. 1 DSGVO . .	329
I. Art. 85 Abs. 1 DSGVO als Öffnungsklausel für niedrigschwellige Kommunikationsvorgänge	330
1. Art. 85 Abs. 1 DSGVO als bloßer Anpassungsauftrag?	330
2. Art. 85 Abs. 1 DSGVO als Öffnungsklausel	331
a) Wortlaut	332
b) Systematik	332
c) Gesetzgebungshistorie	334
d) Redaktionsversehen beim Verweis in Art. 85 Abs. 3 DSGVO	341
e) Sichtweise der deutschen Legislative und Behörden bei der Anpassung an die DSGVO	343
3. Zwischenergebnis	343
II. Begrenzung der Derogationsbefugnisse durch Abwägung	344
III. Strukturmerkmalsbezogene Abgrenzung privilegierungsbedürftiger Verarbeitungen	345
IV. Fazit	345
Zusammenfassung in Thesen	347
 Literaturverzeichnis	 355
Sachregister	375